

Protokollauszug

aus der
28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 21.03.2017

öffentlich

Top 5.3 Umsetzungsstand des Wohnungsnotfallhilfekonzepts

Frau Fisch (Bereich Wohnen) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Stand der Umsetzung des Wohnungsnotfallhilfekonzeptes vor. Sie geht dabei zunächst auf die Ausgangssituation ein und macht auf die sehr angespannte Wohnungsmarktsituation aufmerksam. Dann erinnert sie an die Zielsetzung des Wohnungsnotfallhilfekonzeptes 2013.

Anschließend stellt Frau Fisch die Maßnahmen zur Wohnungssicherung vor und gibt einen Überblick über die Entwicklung in der Zeit von 2012 bis 2016. Sie erläutert die Weiterentwicklung der ambulanten Hilfemaßnahmen sowie das System der Obdachlosenunterbringung.

Abschließend verweist Frau Fisch auf den Notfallfonds für besondere Härtefälle, durch den unbürokratische Hilfe z.B. bei Gebühr für den Ausweis oder Fahrkarten für Wohnungslose gegeben werden kann.

Herr Schubert verweist auf die inhaltliche Neuausrichtung des ambulant betreuten Gruppenwohnens für junge Erwachsene und fragt, ob es den Wunsch gibt, die Ausschreibungskriterien im Ausschuss vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder signalisieren Interesse, darüber informiert zu werden.

Auf Nachfrage erklärt Frau Fisch, dass das Angebot zu Wohnungssicherung sehr niedrigschwellig ist. Das erste Gespräch wird durch einen Sozialarbeiter geführt, um zu prüfen, welches Angebot benötigt wird.

Herr Thomann ergänzt, dass die zuständigen Mitarbeiter sehr empathisch sind und keine inneren Abwehrhaltungen bestehen.

Frau Fisch erklärt auf Nachfrage, dass es wichtig ist, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf haben. Erfahrungsgemäß finden sich die Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften sehr gut zurecht und schaffen es relativ schnell sich mit Wohnraum zu versorgen.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder sagt Herr Schubert zu, alle öffentlichen Präsentationen der heutigen Sitzung als Anlage zum Protokoll auszureichen.



Landeshauptstadt
Potsdam

Konzeption zur Weiterentwicklung der

Wohnungsnotfallhilfe

der Landeshauptstadt Potsdam

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam,
Ausschuss für Gesundheit und Soziales
am 21.3.2017

Gliederung

1. Ausgangssituation
2. Maßnahmen zur Wohnungssicherung
3. Weiterentwicklung ambulanter Hilfen
4. System der Obdachlosenunterbringung
5. Weitere Maßnahmen

1. Ausgangssituation 2013–

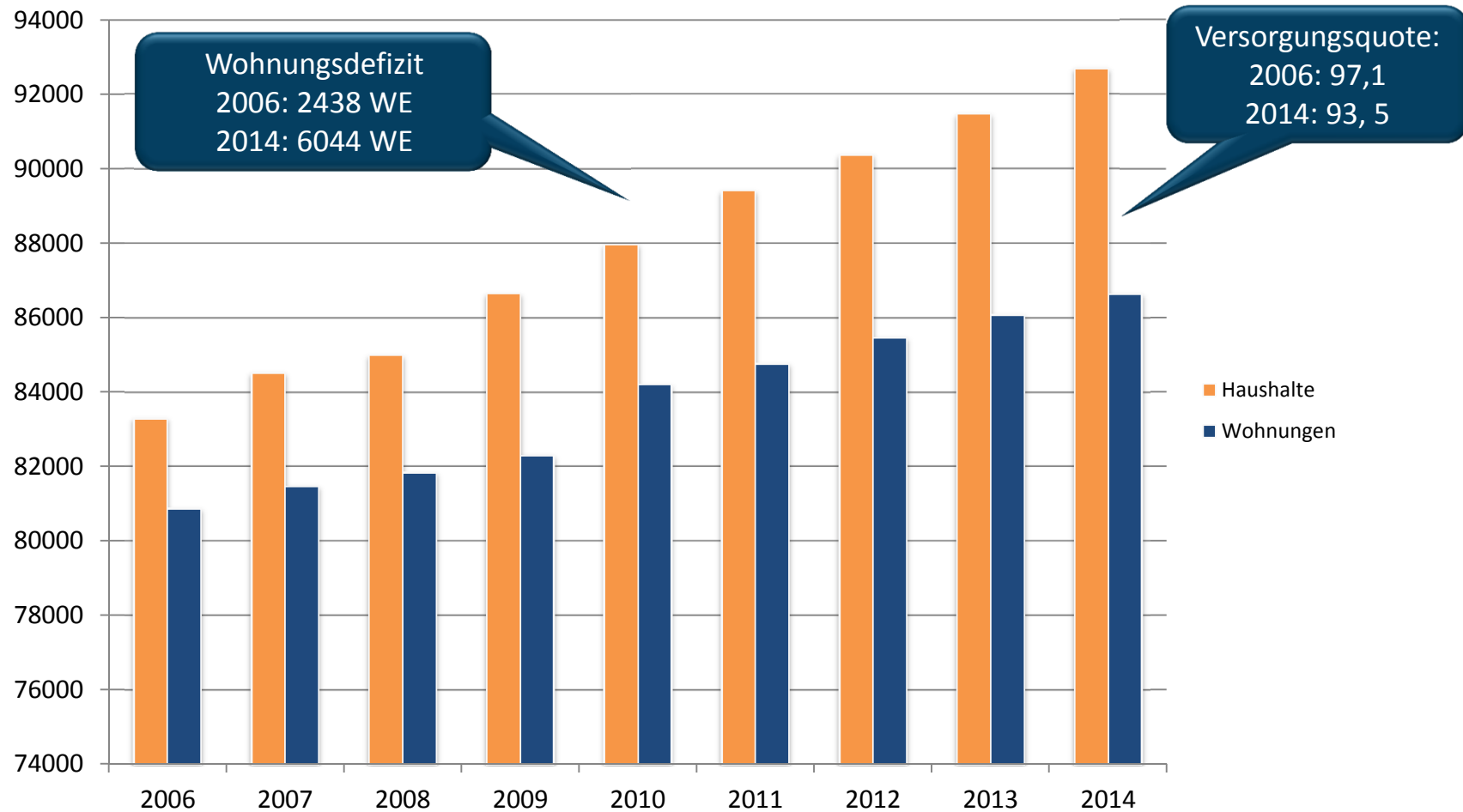
2016 Änderung von Rahmenbedingungen

- Wesentliche Mietrechtsänderungen
Erleichterung von Kündigungen und Räumungen
- Wohnungslose haben ein Recht auf
Teilhabe und Inklusion
- Unterbringung wohnungsloser Flüchtlinge

1. Ausgangssituation - Rahmenbedingungen

- 2011 Übertragung der Zuständigkeit für Hilfen (§ 67-69 SGB XII) auf Kommune
- Entwicklung am Wohnungsmarkt-
Vermittlungshemmnisse für Wohnungslose am Markt
- Weitere Anspannung des Wohnungsmarktes im
Segment des bezahlbaren Wohnens durch WR-
Versorgung von Flüchtlingen

1. 1. Ausgangssituation – „Äußerst angespannter Wohnungsmarkt“



Zielsetzungen des Wohnungsnotfallhilfekonzpts 2013

1. Wohnraum erhalten – mit vereinten Kräften
2. Weiterentwicklung der ambulanten Wohnhilfen nach § 67-69 SGB XII
3. Kapazitäten in Obdachlosenunterkünften einfrieren, umwandeln oder abbauen
4. Seit 2016 Ausbau der Unterbringungskapazitäten notwendig

2. Maßnahmen zur Wohnungssicherung

Entwicklung der Kündigungen, Klagen, Zwangsräumungen in Potsdam

	2012	2013	2014	2015	2016
Kündigungen	511	472	500	562	477
Räumungsklagen	278	249	208	225	192
Zwangsräumungen	171	190	146	136	148
Summe	960	911	854	923	817

Quelle: Bereich Wohnen

2. Maßnahmen zur Wohnungssicherung

Erhalt vom Verlust bedrohter Wohnungen

- Abwendung von Wohnungsverlust durch
 - Prävention im Rahmen von stadtteilorientierter Sozialarbeit
 - Wohnraumerhalt durch Mietschuldenübernahme
 - Übernahme von Energieschulden
 - Bewilligung von Maßnahmen nach § 67-69 SGB XII

2. Maßnahmen zur Wohnungssicherung

Erhalt vom Verlust bedrohter Wohnungen

- Angestrebte Kooperationsvereinbarungen wurden abgeschlossen
- mit dem Jobcenter (u.a. Fallmanagement und Hilfen nach § 67 koordinieren ,Sicherstellung Direktzahlung der KdU, Fallkonferenz vor Sanktionen im Bereich KdU)
 - mit Pro Potsdam -Probevereinbarung 1 Jahr ohne Ergebnis da 2015 Bewältigung der Flüchtlingskrise
 - mit dem Jugendamt Familienhilfe in Wohnungsnotfällen um existenzsichernde Maßnahmen erweitern –regelmäßige Kommunikation Voraussetzung und gemeinsame FK -

3. Weiterentwicklung der ambulanten Hilfen

- Leistungsfälle nach §§ 67-69 SGB XII seit 2012

	2012	2013	2014	2015	2016
Anträge	301	309	354	366	327
Bew. Stunden	14240	17182	14011	13721	15208
Durch- schnittl. Fälle pro Monat	127	179	288	293	290

3. Weiterentwicklung der ambulanten Hilfen – Maßnahmen

- Ambulante Beratung und Begleitung ergänzend als Leistungstypen Krisenintervention und längerfristige niedrigschwellige Nachbetreuung
- Ambulant betreutes Gruppenwohnen für junge Erwachsene (Projekt „W13“ – bis 27 Jahre) – inhaltliche Neuausrichtung – mehr auf psychische Auffälligkeiten- 2016 Projekt Rückhalt- Ausrichtung auf Nachreifung, da viele 18-21 jährige Vorbereitung JA Zusatzvereinbarung
- Ambulant betreutes Gruppenwohnen für Erwachsene über 27 jährige -Prüfung Angebot für psychisch auffällige Wohnungslose-
- inzwischen Wohnen im Kiez-Ausschreibung für Frauen in 2017 in Vorbereitung

4. System der Obdachlosenunterbringung –

- Aufnahme Notbett max 3 Tage –Clearing
Wohnungssicherung
- Schwerpunkt bei männlichen Einzelpersonen
zwischen 40 und 64 Jahren
- Hauptgründe für die Unterbringung-Wohnungsverlust,
ohne festen Wohnsitz
- mehr als 50% der Bewohner mit Sucht- oder
psychischer Diagnose

4. System der Obdachlosenunterbringung –

4.1. Ziele und Maßnahmen

- kein weiterer Ausbau der Kapazitäten- Ziel nicht erreicht Ausbau erfolgte für Flüchtlinge und Winternothilfe
- bedarfs- und standortgerechte Weiterentwicklung, u.a. Lösungen im Umgang mit multiplen Problemlagen durch Neuausrichtung eines Teils der Einrichtungen in Planung für 2018
- Entlastung des Standorts der Einrichtung für Familien Kapazität Familienhaus auf 45 Plätze eingefroren
- Ausbau der Unterbringung in Gewährleistungswohnungen-2 neue WE angemietet-

4. System der Obdachlosenunterbringung – 4.2. Entwicklung der Obdachlosenunterkünfte

Einrichtung	2012 Kap/Aus	2013	2014	2015	2016	
Obdach	95/94	95/94	95/94	95/94	95/94	
Junge Wilde	24/24	24/24	24/24	24/24	24/24	
Fam.haus	60/57	60/53	45/43	45/45	45/46	
Gew.WE	20/55	20/55	20/53	21/57	22/55	

Quelle: Bereich Wohnen

4.3 Unterbringung wohnungsloser Flüchtlinge in 2016

01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
8	8	14	2	22	23	50	57	68	80

November 94, Dezember 87

Monatlich sind auch in 2017 ca. 85 Personen
durch den Bereich Wohnen in
Gemeinschaftsunterkünften untergebracht

5. Weitere Maßnahmen

5.1. Angebotssicherung Winterhilfe

**Seit dem Winter 2014/2015 zusätzliche Kapazitäten notwendig
Wohnungslose werden vom 1.11. bis 31.3. in Pensionen untergebracht**

Winter	2014/2015	2015/2016	2016/2017
Personen	16	21	15
Übernachtungen	1062	1408	1244

5.2. Notfallfonds für besondere Härtefälle

unbürokratische Unterstützung bei
fehlendem Ausweisfotos/Gebühr für den
Ausweis oder Fahrkarten für Wohnungslose-
500 € Volumen

	2012	2013	2014	2015	2016
Personen				40	38

5.3 Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

- Notfallkontaktliste seit 2009 , kontinuierliche Aktualisierung, breite Nutzung
- eigener Wohnungssicherungsflyer seit 2014
- Flyer über ausgewählte Angebote der Wohnungslosenhilfe seit 2015
- regelmäßige Austausch mit den Vermietern insbesondere Pro Potsdam einmal jährlich
- AK Wohnungslos tagt viermal im Jahr seit 2008 – mit 21 verschiedenen Akteuren
- AK Sucht, PSAG zeitweise themenbezogene Teilnahme
- einmal im Jahr AK Wohnungslos Berlin und Potsdam Mittelmark,
- Landesarmutskonferenz AK Wohnungslos
- Präventionstagung der BAGW 2015 in Potsdam